

Ein Sozialpakt für Europa

Die Europäische Staatengemeinschaft bietet mehr als nur Geld und gute Worte. Das will die EU-Kommission mit ihrer Initiative für eine „europäische Säule sozialer Rechte“ jetzt unter Beweis stellen. **Von Thomas Rottschäfer**

Bei der Initiative für eine soziale Säule der Europäischen Union geht es um eine Charta fundamentaler Grundsätze, die für ein gutes Funktionieren der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes notwendig sind. Es geht um faire Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne, gute Gesundheitsversorgung und ausreichende soziale Absicherung. „Der Anspruch ist nicht weniger als ein triple A für die Sozialsysteme der Staatengemeinschaft – in Anlehnung an die Bewertungen von Ländern unter ökonomischen Gesichtspunkten“, sagt der ständige Vertreter der AOK in Brüssel, Evert Jan van Lente. „Es geht also nicht um ein Mittelmaß an Standards, sondern um die Orientierung am höchstmöglichen Niveau.“

Der Entwurf der Europäischen Kommission beinhaltet drei Hauptkapitel:

- **Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt:** zum Beispiel Bildung und lebenslanges Lernen, flexible und sichere Arbeitsverträge, Geschlechtergleichstellung sowie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.
- **Faire Arbeitsbedingungen:** Beschäftigungsbedingungen, Löhne und Gehälter, Arbeitsschutz. Dabei hat die Kommission nicht zuletzt die wachsende Zahl von Solo-Selbstständigen mit prekären Arbeitsverhältnissen im Blick.
- **Angemessener und nachhaltiger Sozialschutz:** insbesondere Gesundheitsversor-



gung und Absicherung im Krankheitsfall, Renten und Pensionen, Leistungen für Arbeitslose und Mindesteinkommen.

Mit Blick auf die Kritiker einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa richtet sich die Initiative zunächst nur an die 19 Euro-Länder, die bereits eine engere Wirtschafts- und Währungsunion eingegangen sind. Aber auch die anderen Mitglieder der Staatengemeinschaft können sich anschließen.

Abgewandert wegen Schieflage. Mit der Orientierung der Sozialsysteme an Höchststandards will die Kommission nicht zuletzt verhindern, dass immer mehr EU-Bürger aus wirtschaftlich schwächeren Ländern abwandern. „Die Erfahrung der vergangenen 15 Jahre hat gezeigt, dass die anhaltenden Ungleichgewichte in einem oder mehreren Mit-

gliedstaaten die Stabilität des gesamten Euro-Raums gefährden können“, betont Kommissionschef Jean-Claude Juncker.

Anstoß für nationale Reformen. Die Grundsätze sollen jedoch nicht an die Stelle der geltenden nationalen Rechte treten. Die Sozialcharta soll vielmehr als eine Art Kompass für nationale Reformen im Beschäftigungs- und Sozialbereich gelten. „Das ist klug“, sagt Europaexperte van Lente. „Denn die meisten Staaten wollen das Subsidiaritätsprinzip in den Bereichen Sozial- und Gesundheitspolitik auf keinen Fall aufweichen. Auch Deutschland achtet immer genau auf die Einhaltung dieser Kompetenzverteilung.“

Entsprechend reserviert hat sich auch der GKV-Spitzenverband zur Initiative aus Brüssel geäußert. Der Verwaltungsrat hat in seiner kürzlich verabschiedeten Stellungnahme grundsätzlich das Prinzip einer Aufwärtskonvergenz begrüßt. Gleichzeitig aber lehnt der Verband eine weitere Einflussnahme der EU ab und verweist dabei auf die hohen Standards in Deutschland.

Mittel gegen Armutsmigration. Evert Jan van Lente dagegen sieht mehr Chancen als Risiken: „Es gibt viele europäische Länder, die dringend höhere Sozialstandards benötigen. Wenn dies gelingt, würden sich auch für Deutschland viele Probleme lösen, die derzeit mit den grenzübergreifenden sozialen Leistungen verbunden sind.“ Mit anderen Worten: Eine europäische Säule sozialer Rechte wäre ein wirksames Instrument gegen Armutsmigration innerhalb der Europäischen Union. ■

Sozialcharta: Mitreden der Bürger gewünscht

Noch bis zum Ende dieses Jahres läuft die sogenannte **Konsultation** für den Entwurf einer Sozialcharta. Dabei holt die Europäische Kommission die Meinungen anderer europäischer Institutionen, nationaler Behörden und Parlamente, der Sozialpartner, Interessenverbände sowie der Wissenschaft ein. An der Diskussion können und sollen sich aber auch alle Bürger der Staatengemeinschaft persönlich beteiligen. Dazu gibt es einen Onlinefragebogen, der Raum für individuelle Vorstellungen lässt. **Auch die Anregungen der Bürger sollen in die konkreten Vorschläge einfließen**, die die EU-Kommission im Frühjahr 2017 vorlegen will.

Mehr Infos: http://ec.europa.eu/news/2016/03/20160308_2_de.htm

Thomas Rottschäfer ist freier Journalist mit Schwerpunkt Gesundheitspolitik.

Kontakt: info@satzverband.de